Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1910

23 (29.1.1910) 1. Blatt

Visual Library

№ 23. 1. Blatt. Karlsruhe, Samstag, den 29. Januar 1910. 48. Jahrgang.

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Mk. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Fernsprecher Nr. 535.

Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen". Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch".

Fernsprecher Nr. 535.

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittelungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich: Für Anzeigen und Reklamen: Hermann Baßler in Karlsruhe.

Es geht doch etwas vor.

Hinter den Kulissen wird fleißig gearbeitet; die Wellenschläge in der Presse bekunden es. Die „Köln. Ztg." hat eine auffallend lahme Verteidigung des Herrn v. Bethmann-Hollweg unternommen, eine Verteidigung, die in die stille Resignation ausklingt, daß nach alter Tradition in Preußen noch kein Minister vor Ablauf einer zweijährigen Amtszeit entlassen worden sei. Was soll das heißen? Viele Leute lesen aus dieser Art der Verteidigung heraus, daß Bethmann-Hollweg also nur der althergebrachten Schonzeit seine Reichskanzlerexistenz zu verdanken habe, sonst wäre er schon „unten durch". Von der Ablehnung des portugiesischen Handelsvertrages hoffen andere den Sturz des Reichskanzlers.

Bemerkenswert ist, daß in den Zeitungen der verschiedensten Parteien über gewisse Treibereien berichtet wird. Die freisinnige „Königsberg. Hartg. Ztg." will über diesen noch kein abschließendes Urteil sich bilden. Wie er sich bewähren werde, hänge nicht allein von ihm selbst, sondern zu einem großen Teil auch vom Kaiser und von der Gestaltung des persönlichen Verhältnisses zwischen dem Kaiser und seinem ersten Ratgeber ab. Fürst Bülow war der erste Kanzler, der es wirklich verstanden hat, einen starken Einfluß auf den Kaiser auszuüben, so daß einige Jahre lang die Erinnerung an das Wort Bismarck verblaßte: Der Kaiser wird sein eigener Kanzler sein. Er sei überhaupt aus der großen Zahl von Ministern und Staatssekretären der letzten 20 Jahre, vielleicht mit Ausnahme des Admirals Hollmann, der einzige gewesen, der dem Kaiser rein menschlich nahe getreten ist. An Sachkenntnis und Arbeitseifer sei er von manchem anderen Staatsmann übertroffen worden, von Miquel und dem Grafen Posadowsky. Aber wenn auch Miquel sich eine zeitlang als „Mann des Kaisers" seines ganz besonderen Vertrauens rühmen durfte, herrschte doch im Verkehr des Monarchen mit ihm ein anderer Ton als bei den Besuchen, die der Kaiser lange Zeit hindurch fast alltäglich bei der Rückkehr vom Spaziergang im Tiergarten bei dem Duzfreunde Bernhard abstattete. Auch Herr von Tirpitz und Graf Posadowsky, besonders der letztere, haben Gelegenheit gehabt, in dieser Richtung Erfahrungen zu sammeln. Der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg befinde sich in einer ähnlichen Lage wie Graf Posadowsky. Beide Männer verfügen über ein reiches Wissen und über eine durch große Arbeitsfreudigkeit noch verstärkte hohe Arbeitskraft. Aber beiden fehlt die glatte Beredsamkeit und verbindliche Art der Menschenbehandlung, in der Fürst Bülow im jahrelangen diplomatischen Verkehr eine fast unerreichbare Meisterschaft erlangt hat.

„Große und kleine Propheten stellen dem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg ein baldiges Scheiden aus dem Amte in Aussicht. Es wäre müßig, sich an solchen undankbaren Prophezeiungen zu beteiligen. Der Reichskanzler wird Sorge tragen müssen, daß er dem Schicksal des Ministers Holle entgeht, dessen ernste Natur dem Uebermaß an Arbeit und Enttäuschung nicht gewachsen war. Herr v. Bethmann-Hollweg wird sich kaum mit ähnlicher Leichtigkeit wie einst der gute „Onkel Chlodwig" darüber hinwegsetzen, daß sorgsam vorbereitete und nach eingehendem Studium gewissenhaft getroffene Entscheidungen jäh über den Haufen geworfen werden. Unter Berücksichtigung des schwierigen Verkehrs zwischen Kaiser und Kanzler muß die Schweigsamkeit und Zurückhaltung des Reichskanzlers gegenüber dem Parlament milder beurteilt werden."

Diese auffallend milde Beurteilung in einem freisinnigen Blatt spricht Bände. Auch der liberale „Schwäb. Merk." ist mit dem neuen Reichskanzler sehr zufrieden. Aber von einflußreicher Seite schallt es anders her. Die großindustriellen „Berl. Neuest. Nachr." klagen in einem Artikel „Am Scheidewege", daß der Kanzler das Handeln und das Leiten vermissen lasse; er sei doch schon ein halbes Jahr im Amte, aber man wisse nicht, wie man mit ihm daran sei; es beständen die schwersten Zweifel, ob er die deutschen Interessen und Stellungen gehörig verfechten werde; das Vertrauen sei tief gestört. Auch die „Deutsche Tagesztg." ist mit ihm unzufrieden, weil er die gewünschte Schärfe vermissen lasse. Bereits werden allerlei Anekdoten verbreitet, wonach er beim Kaiser schon unten durch und seine Stellung erschüttert sein soll. Im Zentrum kann man ruhig abwarten.

Neben Bethmann-Hollweg — dem Kanzler mit dem langen Namen — stehen die beiden Staatssekretäre v. Schön und Dernburg im Vordergrund des politischen Interesses: erster will nicht gehen (obwohl er dafür längst reif war), letzterer soll zu Hohem berufen sein. Nach der „Kreuzzeitung" erzählt man sich im Grunewald, wo Dernburg wohnt, daß die Freisinnigen den Kolonialstaatssekretär Dernburg auf den Reichskanzlerposten lancieren möchten. Die „Kreuzzeitung" würde diesem Foyerklatsch doch sicherlich nicht die Ehre einer ernsten Besprechung erweisen, wenn sie bei ihm nicht einen irgendwie realen Hintergrund vermutete. Die „Frankf. Ztg." freilich sagt von Dernburg, daß er nicht daran denke, „sein jetziges Amt mit dem dornenvollen des Leiters der auswärtigen Politik oder gar des Reichskanzlers zu vertauschen, und der Gedanke, daß er auf diesen Posten und noch dazu als Kandidat der Freisinnigen gelangen könnte, gemessen an realen Faktoren, die dabei innerhalb und außerhalb unserer Parlamente in Betracht kommen, sei einfach grotesk." Aber die Liberalen „Leipziger Neuest. Nachr." urteilen doch ganz anders; sie halten es für sehr wahrscheinlich, daß die schneidige Art, in der sich der frühere Bankdirektor Dernburg aus Affären gezogen hat, die wirklich kein liebliches Antlitz hatten, für ihn bei dem Kaiser neue Sympathien erweckten.

„Herr v. Schön steht noch wie ein sturmumtobter Felsen in der Brandung. Aber selbst wenn das Unerwartete zum Ereignis werden sollte, so wird doch schwerlich Herr Bernhard, der Bürgerliche, und Herr Bernhard v. Dernburg sein Nachfolger werden. Denn trotz seines praktischen Verstandes und seiner Fähigkeit, sich in völlig fremde Materien geschickt einzuarbeiten, kann es doch nicht unerwünscht erscheinen, wenn er als erster Gehilfe neben einem Kanzler, der sich selbst erst einarbeiten muß, ein Mann erscheint, der gleichfalls, wie Vater Pod sich auszudrücken beliebte, „den Dingen als Novum gegenübersteht". Es ist bedauerlich, aber nicht abzuweisen, daß Herr v. Bethmann-Hollweg als der Atlas, auf dessen Schultern die gesamte deutsche Politik ruht, im letzten Grunde doch auch für die Taten des Herrn v. Schön verantwortlich ist. Seine Position ist ohnehin nicht von Dornen: schon hat die Presse des Herrn Erzberger ihn angeklagt, daß er dem Zentrum gegnüber nicht einmal gerecht, geschweige denn gefällig sein wolle. So hat ihn das leitende Organ der Agrarier getadelt, weil er noch immer nicht „mit der erforderlichen Schärfe und mit der gebotenen Deutlichkeit der wüsten Steuerhetze entgegentrat", und Herr v. Pappenheim hat im Namen der Konservativen im preußischen Landtag die Sehnsucht nach einem Stellvertreter und den Zweifel ausgesprochen, ob „er imstande sein wird, im preußischen Staatsministerium dauernd die Leitung der Geschäfte allein zu besorgen". Hier stieg als gepanzerter Riese, als Mann der konservativen Zukunft, Herr von Rheinbaben aus dem Boden hervor. Auch in den Blättern der Liberalen erhob sich ein leises Gemurmel, daß Herr v. Bethmann-Hollweg nur ein Platzhalter, daß seine Amtszeit nur ein Interimistikum sei und hier wie überall tönte die Klage, daß man trotz der jüngsten Rede die eigentliche Physiognomie des neuen Mannes gar nicht erkennen kann. Wo sind denn eigentlich in unserer Zeit die Männer der eigentlichen Physiognomie, der scharfen persönlichen Prägung?"

Was die Hinweise auf das Zentrum betrifft, so sind diese falsch; die Zentrumspresse hat sich an all diesem Treiben gar nicht beteiligt. Wir haben nur berichtet, ohne je ein Urteil zu fällen; daß wir für den neuen Reichskanzler uns keiner „sündhaften Liebe" bewußt sind, ist richtig. Wir warten seine Taten ab und haben schon eine Reihe derselben gesehen und auch auf das richtige Konto gebucht. Für das Zentrum sind die Namen der einzelnen Männer Schall und Rauch, es arbeitet nach seinem Programm zum Wohle des Volkes und beteiligt sich an keinerlei Intrigen.

Eine frivole Hetze gegen den Abg. Blümmel.

Seit einer Reihe von Monaten wird eine systematische Hetze gegen den Abg. Blümmel getrieben. Bald wird der genannte Herr in seiner Eigenschaft als Leiter der Mittelschule von Waldshut heruntergerissen, bald nimmt man den Abgeordneten aufs Korn. In Nr. 21 des „Albboten" findet sich ein Bericht über eine Eisenbahnerversammlung, welche daselbst letzten Sonntag in Basel tagte. Dieser Bericht weiß von dem Verbandssekretär des Badischen Eisenbahnerverbandes Heini auch folgenden Satz zu berichten:

„Auf die sozialdemokratischen Abgeordneten setzt er die größten Hoffnungen, daß sie den Eisenbahnern helfen, denn die eingeladenen bürgerlichen Abgeordneten, Koger-Tannenkirchen und Blümmel-Waldshut hätten es nicht der Mühe wert gefunden, die Versammlung zu besuchen, sondern sich mit einem nichtssagenden Entschuldigungsschreiben begnügt."

Der Verbandssekretär Heini ließ nun, auf diese Berichterstattung aufmerksam gemacht, dem „Albboten" folgende Berichtigung zugehen:

27. Januar 1910.

An die
Verehrl. Redaktion des „Alb-Boten"
Waldshut.

Mit Bezug auf § 11 des Preßgesetzes bitten wir um Aufnahme folgender Berichtigung:

In Nr. 21, Ausg. B. des „Albboten" enthält der Bericht folgende Notiz:

„Auf die sozialdemokratischen Abgeordneten setzt er (gemeint ist der Referent) die größte Hoffnungen, daß sie den Eisenbahnern helfen, denn die eingeladenen bürgerlichen Abgeordneten Koger-Tannenkirch und Blümmel-Waldshut hätten es nicht für der Mühe wert gehalten, die Versammlung zu besuchen, sondern sich mit einem nichtssagenden Entschuldigungsschreiben begnügt."

Diese Aeußerung ist von mir weder im Sinne, noch viel weniger den Worten nach gefallen, also kurzgesagt unwahr sind.

Das Sekretariat des Bad. Eisenbahnerverbandes:
H. Heini, Verbandssekretär.

Man muß unwillkürlich fragen, warum hängt man dem Abg. Blümmel eines an? Man will offenbar die Eisenbahner in Waldshut dem Zentrum abspänstig machen. Dazu muß eine glatte Unwahrheit dienen.

Hätte ein Abgeordneter auch keinen speziellen Abhaltungsgrund, so könnte man an sich schon verstehen, wenn ein Abgeordneter nach den Arbeiten im Landtage während der Woche des Bedürfnis fühlt, am Sonntage auszuruhen und sich der Familie zu widmen. Allein Herr Blümmel widmete den letzten Sonntag nicht diesem Ruhebedürfnis; er stellte vielmehr den freien Tag in den direkten Dienst seines Wahlkreises. Er wohnte einer Versammlung der vereinigten Komitees für eine Eisenbahn Titisee-Rheintal in Tiefenhäusern an. Dem „Albboten" kann die Tatsache der Versammlung nicht verborgen geblieben sein. Er brachte ja in Nr. 20 selbst einen kurzen Bericht über die Versammlung. Freilich, er fand es nicht für wert, seinen Lesern mitzuteilen, daß der Abg. Blümmel der Versammlung anwohnte. Diese Unterlassung, wie die unwahre Mitteilung über die Versammlung in Basel können nur die einzige Folge haben, den gegenwärtigen Vertreter des Bezirks Waldshut-St. Blasien bei den Wählern zu diskreditieren und darüber hinaus dem Zentrum zu schaden! Pfui über ein solches Gebahren!

Dieser ersten Leistung fügt der „Albbote" alsbald eine zweite hinzu. In Nr. 22 bringt das Blatt einen Artikel „Zur Landgerichtsfrage". Hier wird in aller Form die Anklage gegen den Abg. Blümmel erhoben, der Bestand des Landgerichts Waldshut sei gefährdet und der Abgeordnete für Waldshut habe bei der entsprechenden Debatte im Landtag geschwiegen. Damit will dem Abg. Blümmel der schwere Vorwurf der Pflichtvergessenheit gemacht werden. Wie liegt nun die Sache? Der Abg. Blümmel war in der betreffenden Sitzung auf seinem Posten. Von keiner Seite wurde eine jetzt bestehende Gefahr für das Waldshuter Landgericht signalisiert, dagegen ist es eine Tatsache, daß der Justizminister v. Dusch in der 20. öffentlichen Sitzung vom 20. Januar darauf hinwies, es bedürfe zur Aufhebung eines Landgerichts eines besonderen Gesetzes. Mit einem solchen Gefolge, so sagte der Minister, würde er „einen Erfolg nicht haben." Die Regierung selbst sagt also, daß Grund zur Beunruhigung nicht bestehe. Soll nun nach solchen Erklärungen der Abgeordnete eine Rede halten, um etwa die Waldshuter Jungliberalen von seinem Pflichtbewußtsein zu überzeugen? Diese zu überzeugen, scheint uns nach den gegenwärtigen Erfahrungen unmöglich. Herr Blümmel hat die Popularitätshascherei nicht notwendig. Es kann über die Pflichterfüllung des Abgeordneten von Waldshut unter den Kennern nur ein Urteil bestehen. Herr Blümmel nimmt die Interessen seines Bezirkes in einer Weise wahr, daß er von niemand, auch nicht von einem nationalliberalen Pfleger übertroffen werden kann.

Die ständige persönliche Verleudung, wie sie gegenwärtig die Zentrumsabgeordneten über sich ergehen lassen müssen, legen die Frage nahe, ob nicht daran gedacht werden soll, mit anderen Mitteln als der Verteidigung in der Presse sich zu erwehren.

(Zu letzterem Punkt möchten wir bemerken, daß die Herren sozialdemokratischen Abgeordneten hierin nicht zaudern. Der Herr Abg. Rösch, über dessen Umgangsformen wir nur des Humors willen einiges mitteilten bezw. Mitteilungen aus anderen Blättern übernahmen, hat uns bereits eine Anklageschrift zustellen lassen. Er will uns vor Gericht beweisen, daß er nicht die Wähler des Herrn Breitenfeld, sondern diesen selbst als Schof....l bezeichnet habe. Der Mensch versuche daher die sozialdemokratischen Götter nicht und begehre nimmer und nimmer zu schau'n, was sie gnädig bedecken mit Nacht und Grau'n! Die Red.)

Deutschland.

Berlin, 29. Januar 1910.

Prinz Heinrich zum englischen Admiral ernannt. Im englischen Amtsblatt wird die Verleihung des Ranges eines Admirals of the Fleet an den Prinzen Heinrich von Preußen entsprechend seinem Range als Groß-Admiral in der deutschen Marine bekannt gegeben.

Rücktritt des Gouverneurs von Schuckmann. Völlig überraschend kommt aus Südwestafrika die Nachricht, daß Gouverneur von Schuckmann, der bekanntlich erst seit 1907 diese Stellung einnimmt, um seine Entlassung eingekommen sei. Amtliche Nachrichten liegen darüber noch nicht vor. Die „Frankf. Zeitung" meint, daß das Rücktrittsgesuch, das telegraphisch erfolgte, mit den letzten Kolonialdebatten im Zusammenhang stehe; zwischen der Zentralbehörde in Berlin, d. h. dem Kolonialstaatssekretär Dernburg und dem Gouverneur Schuckmann, seien Differenzen ausgebrochen, die keine Lösung gefunden hätten.

* **Ueber den Entwurf der Arbeitskammern** erfährt die „Sozialpolitische Rundschau" folgendes:

„Den Wünschen der Reichstagskommission ist insofern entgegengekommen worden, als ausdrücklich bestimmt wird, daß die Arbeitskammern Umfragen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbezweige selbständig in ihren Bezirk veranstalten können, daß ferner ihnen zur Pflicht gemacht wird, auf Anrufen der Beteiligten beim Abschluß von Tarifverträgen mitzuwirken und die Einrichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen zu fördern. Der neue Entwurf schließt die Betriebsbeamten, Techniker und Werkmeister im Hinblick auf die Schwierigkeit ihrer Stellung in den zukünftigen Arbeitskammern von der Geltung des Gesetzes aus, was gleichfalls mit dem Gutachten der Kommission im Einklang steht. Nicht für zweckmäßig hingegen wird der Beschluß erachtet, die Befugnis zur Errichtung von Arbeitskammern von der Landeszentralbehörde auf den Bundesrat zu übertragen, da die einzelstaatlichen Organe den Verhältnissen, die bei Einrichtung von Arbeitskammern in Betracht kommen, näherstehen und daher rascher eingreifen können. Dem Beschlusse der Kommission, die Berechtigung zur Teilnahme an den Wahlen für die Arbeitskammern vom 25. Lebensjahr auf das 21. herabzusetzen, soll nicht nachgegeben werden, unter Hinweis darauf, daß auch die Bestimmungen über die Gewerbegerichte diese Altersgrenze beobachten. Die im ersten Entwurf vorgenommene Erweiterung des Personenkreises, der in die Arbeitskammer wählbar ist, wird, wie das bereits in der Kommission geschehen ist, von den Regierungen auch jetzt abgelehnt. Die Kommission hatte die Wählbarkeit auf solche Personen zugestanden, die wenigstens drei Jahre hindurch den Gewerbezweigen, für die die Arbeitskammern errichtet sind, als Arbeitgeber oder Arbeiter angehört haben, falls sie mindestens ein Jahr im Kammerbezirk wohnen. Durch diese Bestimmung sollte den Beamten der Verbände von Arbeitern, aber auch von Arbeitgebern die Möglichkeit geboten werden, sich in den Arbeitskammern zu betätigen. In der Kommission haben die Delegierten der Regierung diese Ausdehnung des Rahmens der Wählbarkeit auf die Arbeitersekreläre mit großem Redeaufwand bekämpft. Die Kommission ist trotzdem von ihrer Meinung nicht abgegangen und der Reichstag wird zweifellos versuchen, die im neuen Gesetzentwurf nicht enthaltene Bestimmung zur Geltung zu bringen. Endlich sei erwähnt, daß sich die Regierungen die in der Kommission geäußerten Bedenken bezüglich der Oeffentlichkeit der Sitzungen der Arbeitskammern zu eigen gemacht haben."

Ortskrankenkasse und Sozialdemokratie. Die Chefredakteure der „Leipziger Neuest. Nachr." und der „Zittauer Morgenzeitung" sind wegen Beleidigung der Leiter der Leipziger Ortskrankenkasse zu 30 bezw. 10 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Sie hatten der Ortskrankenkasse unter anderem vorgeworfen, daß der Vorstand sich bei einer Reihe von Maßnahmen lediglich vom sozialdemokratischen Parteiinteresse habe leiten lassen. Nach dem Urteile sind aber folgende Behauptungen als erwiesen angesehen worden:

„Bei den vom Kassenvorstande angeordneten Beamtenprüfungen fehlte es an jeder Garantie dafür, daß diese Maßregel in neutraler und unparteiischer Weise gehandhabt werde. Bei der Anstellung von Beamten spiele die politische Gesinnung eine Rolle. Die Krankenkassenkontrolleure würden mit Vorliebe sozialdemokratischen Parteigängern entnommen. Die Verquickung von Verwaltung und sozialdemokratischer Parteipolitik habe auch in der Leipziger Ortskrankenkasse zu ernsten Mißständen geführt. Als Berufskontrolleure würden mit Vorliebe „Genossen" angestellt. Notorische Streikführer ohne berufliche Vorbildung hätten Anstellung im Dienste der Kasse gefunden." In diesen Punkten erfolgte Freisprechung.

= **Die preußische Wahlrechts-Vorlage. Die Vorarbeiten für die neue preußische Wahlrechts-Vorlage sind nach dem „B. T." soweit gediehen, daß die Einbringung der Vorlage im Landtage in den nächsten Wochen erwartet wird.**

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Das ungarische Abgeordnetenhaus vertagt. Im Abgeordnetenhaus, wo gestern die Debatte über die Vorstellung des neuen Kabinetts fortgesetzt wurde, verzichteten die meisten der noch vorgemerkten 19 Redner auf das Wort, so daß es zur allgemeinen Ueberraschung schon heute zur Abstimmung über das Mißtrauensvotum Justh und den Antrag Kossuth auf Errichtung einer selbständigen ungarischen Bank kam. Beide Anträge wurden mit großer Mehrheit angenommen und somit dem Kabinett Khuen-Hedervary ein Mißtrauensvotum erteilt. Darauf übergab der Ministerpräsident Graf Khuen dem Präsidenten ein königliches Handschreiben, welches sofort zur Verlesung gelangte. Gemäß diesem wird das Abgeordnetenhaus bis 24. März vertagt. Dieses Handschreiben rief einen großen Sturm der Entrüstung bei der Mehrheit hervor und es wurde ein Antrag angenommen, worin gegen die ungesetzliche Vertagung protestiert wird. Gleichzeitig wird der Regierung die Verwaltung der öffentlichen Gelder, die Verausgabung der Summen für die gemeinsamen Angelegenheiten und die Weiterführung der Handelsvertrags-Verhandlungen verboten. Das Abgeord-

netenhaus erklärte schon jetzt, daß es die Gültigkeit solcher Verfügungen, namentlich auch die Verlautbarung einer Verfassung für Bosnien und die Herzegowina im Verordnungswege nicht anerkennen werde. Dieser Beschlußantrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Dafür stimmte die Unabhängigkeitspartei und die Volkspartei, dagegen ein großer Teil der Verfassungspartei. Darauf wurde die Sitzung unter großer Aufregung geschlossen. — Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary, welcher erst am Sonntag nach Wien zu reisen beabsichtigte, wird sich wegen der Abstimmung im Abgeordnetenhause alsbald nach Wien begeben und heute vom Kaiser in Audienz empfangen werden, um ihm über die neue Situation Bericht zu erstatten.

Holland.

= **Eine deutschfreundliche Rede.** Bei dem Kommers der Rotterdamer deutschen Kolonie zu Ehren von Kaisers Geburtstag hielt der Rotterdamer Bürgermeister Zimmermann eine deutsche Rede, worin er den Kaiser als einen guten Nachbarn, der sein Leben für Hollands Unabhängigkeit einzusetzen versprochen habe, feierte und die Interessen-Gemeinschaft Deutschlands und Hollands betonte. Wie Deutschlands Zukunft liege auch Rotterdams Zukunft auf dem Wasser, d. h. auf dem deutschen Wasser, auf dem deutschen Reich. Ein blühendes Deutschland bedeute auch ein blühendes Rotterdam. Der Bürgermeister schloß mit einem Hoch auf den deutschen Kaiser.

Belgien.

ca. **König Leopold.** Die „Zentral-Auskunftsstelle der katholischen Presse" wird von autoritativer Seite ersucht, folgende zum Teil bekannte Tatsachen mitzuteilen: 1. Papst Pius X. sandte dem Könige wenige Tage vor dessen Tod den päpstlichen Segen und beauftragte den Apostolischen Nuntius in Brüssel, dem Könige den Segen zu übermitteln. Der Nuntius überbrachte selbst das Telegramm des Papstes ins Schloß Laeken, konnte aber wegen der großen Erschöpfung des Kranken nicht in dessen Zimmer. 2. Die Trennung des Königs mit Fräulein Caroline Delacroix, genannt Baronin von Vaughan, war, wie bekannt, kirchlich giltig. Eine Ziviltrauung fand nicht statt. 3. Die „Lex Woeste" vom 3. August 1909 (veröffentlicht im Moniteur 12. August 1909) besagt, daß kein Geistlicher eine Ehe einsegnen darf, bevor die Ziviltrauung erfolgt ist; nur in Todesgefahr eines der Nupturienten darf der Geistliche die Ehe einsegnen ohne vorhergegangene Ziviltrauung. 4. Die Ehe des Königs mit der Delacroix war zivilrechtlich ungiltig. darum sind auch die dieser Ehe entsprungenen Kinder nicht erbberechtigt.

Amerika.

⊙ **Fleisch-Trust und Fleisch-Streik.** Aus New-York wird gemeldet, daß dort der Verkauf von Fleisch in wenigen Tagen um 2 Millionen Pfund zurückgegangen ist. Die Agitation gegen die großen Schlächter gewinnt immer mehr an Ausdehnung. Die Armour Company bringt nur noch 65 Waggons Fleisch pro Tag auf den New-Yorker Markt, während es früher über 100 waren. Andere Großschlächter, besonders solche, die ihren Absatz in den Zentralstaaten haben, leiden noch viel mehr unter dem Boykott.

England.

⚒ **Das englische Parlament.** Nach amtlichen Bekanntmachungen wird der König das Parlament am 21. Februar eröffnen.

Baden.

Karlsruhe, 29. Januar 1910.

„Agitatorische Uebertreibungen"

nennt der „Bad. Landesbote" die von der „Köln. Volkszeitung" in dem Artikel „Liberal demokratische Phraseologie" geübte Kritik. Nun gut! Was ist es denn dann, wenn der „Bad. Landesbote" u. a. schreibt:

„Das Zentrum erklärt, bald eine konservative Partei zu sein, natürlich nur „im guten Sinne des Wortes", bald eine demokratische, natürlich auch nur „im guten Sinne des Wortes". Natürlich ist es weder das eine noch das andere, sondern arbeitet in seiner demagogischen Art bald mit konservativen, bald mit demokratischen Schlagworten und Forderungen, aber zu klerikalen Zwecken. Nun ist infolge dieser Zwiespältigkeit und skrupellosen Art der Abstand zwischen den „konservativen" und „demokratischen" Sprüchen des Zentrums und seiner tatsächlichen Haltung mitunter so groß, daß er auch dem Harmlosesten auffallen muß."

Ist das Weisheit oder auch nur Wahrheit, oder sind das nicht auch mindestens agitatorische Uebertreibungen? Es ist ja sehr billige Weisheit, dem Gegner ohne jeden Beweis alles Schlechte nachzusagen und sich selber und die eigene Partei um so mehr zu rühmen. Während die „Köln. Volkszeitung" ihren Vorwurf mit sprechenden Tatsachen belegt — vergl. die phrasenhafte Rede Briands, des Demokraten —, verkauft der „Landesbote" seine billige Weisheit, die man aus jeder Kinderstube beziehen ohne sie zu begründen.

Auch folgendes darf natürlich im „Landesboten" nicht fehlen:

„Auf sonstige Spezialitäten des „Beobachters", als da sind: der Ton seiner Schreibereien und seiner Provokationen, brauchen wir nicht einzugehen."

Das ist so recht „liberal". Der noble „Landesbote" geht zuerst so weit, dem Zentrumsgegner „demagogische Art", „zwiespältige, skrupellose Art", „billige Demagogie" vorzuwerfen. Er beginnt seinen Artikel mit der beschimpfenden Ueberschrift „Ultramontane Sophistereien", er hängt uns die Gottesmörder, Schriftgelehrte und jüdische Hohepriester an — obwohl ja der „Landesbote" dem ungläubigen Judentum sicher näher steht als wir —, er spricht von unserem „eigenen bösen Gewissen" und braucht dann noch einmal das von der politischen Gasse aufgelesene Schimpfwort „Waldmichelpresse". Das alles in wenigen Zeilen. Und dann geht er hin und schreibt vornehm, auf den „Ton" und die „Provokationen" des „Beobachter" brauche er nicht einzugehen. Ein Mann, der so etwas in einem Atemzug fertig bringt, dem fehlt jede Berechtigung zur Kritik, weil er entweder unheilbar an demokratisch liberaler Phraseologie oder an jener Eigenschaft leidet, welche durch gewisse Gegner Jesu zu einem besonderen Namen gekommen ist.

Ein lieber Sohn

ist jedenfalls der Genosse, der den sozialdemokratischen Blättern folgenden Brief, den sein Vater an ihn geschrieben hat, zur Verfügung stellt. Er lautet nach dem „Volksfreund" Nr. 23 folgendermaßen:

Schönau, 1. Januar 1910.

Lieber Sohn!

Ich danke dir für deine Karte und wünsche dir auch ein glücklich neues Jahr in Christus durch seinen Segen, wen du überhaupt noch in die Kirche gehst und hoffentlich wirst du dich nicht ganz in die Arme der Sozi werfen, die an keinen Gott glauben und den Himmel auf Erden wollen wie sie die bethören, aber es ist ihnen nicht Ernst damit, sie wollen blos die Gewalt in händen haben um Ihre Arbeiter noch viel ärger zu knebeln, das sehn wir in Frankreich ja Minister von Sozi regieren und wie siehts dort aus Abscheulich ohne Religion, und wie sieht es aus jetzt in Baden seitdem die Wahl vorbei ist im badischen Landtag wo Sozi und Liberale mit Ihren Krücken in Landtag gewalelt sind, indem sie schon ein Gesetzentwurf einreichten wodurch die drei konfesionellen Schullehrerseminare in Simultanschulen bezwek Seminare umgewandelt werden sollen lies Tagespost vom Freitag 298 und das hat ein jeder Sozi auf dem Gewissen die den Sozi bei den lezten Wahlen beigestimmt haben ebenfals das zeigt also deutlich daß die Sozi sowohl wie die Lieberalen Kulturkämpferisch gesind sind und keine Religion kennen und keine wollen und leben als Religionshasser und Revolutionär. Es ist ihnen nicht nur um die Religion zu zerstören, nein nachher kommt auch der Thron die Monarchie an die Reihe das ist so sicher als 2 × 2 = sind. Darum rathe ich dir ernstlich meide wo möglich diese verführerische Partei den es ist keine Wahrheit in Ihnen, sie lügen wie der Teufel selbst und nur nur mit Lügen haben sie die Mehrheit erlangt bei den Wahlen, geh von diesen Genossen die dich anlügen und verführen, den Ihre Rede ist Lug. Und sind keine Christen und kommen sie aber zum sterben dan machen sie es wie es noch alle Ungläubige getan haben, sie fürchten sich vor dem Teufel dan soll geschwind der Herr Pfarer kommen und sie in den siebentne himmel tragen, aber unser hergott laßt sich seiner, wen er schon langmütig ist doch nicht spoten. Darum besinne dich eines bessern und laß dir deine Religion nicht rauben, den hast diese verloren hast du alles verloren und die Ruhe mit Ihr.

Dein
Dich liebender
Vatter.

Wir nehmen an, daß der Brief, was auch nicht ausgeschlossen wäre, keine Fiktion ist und bemerken dazu: Ein Sohn, der Sozialdemokrat ist, und einen Brief seines Vaters in dieser Weise dem Gespött der „Genossenschaft" preisgibt, ist ein trauriges Opfer der Verrohung durch die Sozialdemokratie. Pfui einem Sohn, der zu so etwas fähig ist! Und Pfui einer Partei, die es versteht, die Ehrfurcht des Kindes aus dem Herzen zu reißen. Der „Volksfreund" erreicht bei allen denkenden Menschen, die nicht gefühlsroh sind, mit der Veröffentlichung des Briefes das Gegenteil von dem, was er erreichen will.

Im übrigen ist, abgesehen davon, daß der einfache Mann, der den Brief geschrieben hat, kein Schriftsteller ist, der mit der Feder sich seinen Lebensunterhalt erwerben könnte, fast alles durchweg richtig und einwandsfrei, was in dem Brief steht. Jedenfalls ist der Vater gescheiter als sein Sohn.

Der „Volksfreund" konnte uns keinen schlagenderen Beweis dafür liefern, daß die Sozialdemokratie jede Autorität, auch die natürlichste, wie sie zwischen Vater und Kind besteht und bestehen muß, bekämpft und zu vernichten sucht, als die Veröffentlichung dieses Briefs. Diese Leistung ist geradezu ein klassisches Beweisstück für den Nachweis, daß die Sozialdemokratie keine Autorität achtet, so sehr sie allerdings darauf sieht, daß ihre Presse und ihre Agitatoren vom armen einfachen Arbeiter als Autoritäten angesehen werden.

○ **Sie sind abgefahren ins Schwabenland**

die vom Großblock im Rondell. Ob sie alle mitgefahren sind, die biederen Männer, davon erzählt noch nichts die Fama. Dagegen weiß sie, daß gestern, als über den Antrag des Großblocks abgestimmt wurde, Schmidt-Singen und Koger-Tennenkirch mit keinem Selbsterkenntnis wie auch jede Selbstzucht. Waren sie am Ende schon nach Stuttgart abgefahren? oder fanden sie ein Haar in der Suppe, die der Großblock eben gekocht?

Also sie sind abgefahren. In Stuttgart wird das imponieren. Der König hat schon einen Kronrat einberufen und seinen Räten kategorisch erklärt, Vogel-Mannheim ist da und etliche vom badischen Großblock. Jetzt nichts als umfallen. Der Ministerpräsident hat selbst nach Berlin zu fahren und zu sagen, stramm zu sagen: wir sind umgefallen; denn Vogel-Mannheim war da.

Nach solchen Erfolgen kann man es den Recken gönnen, das Heldenmahl im Hotel Marquardt. Das Essen dürfte das beste am Erfolg von Stuttgart sein. Damit sie aber nicht vergessen wird, die große, weitschauende politische Tat vom 29. Januar im Jahre des Heils, so man schrieb Eintausend das Hundertste neun und dazu noch zehn Jahre, wird ein Denkmal gesetzt all den tapferen Recken. Das Preisausschreiben wird auf Kosten der Mannheimer Handelskammer erlassen. Damit soll noch verbunden werden das Ausschreiben eines anderen Denkmals für die tapferen Recken, die am Kaiserfest des Kaisers Gesandten so trefflich geehrt.

Nun wollen wir hoffen, daß, wenn sie heute nacht aus der Residenz des Schwabenlandes heimkehren, alle, ohne Schaden an Gesundheit und Humor genommen zu haben, einen gesunden Schlaf tun, damit wir die so teueren Milliönchen nicht im Neckar vergraben müssen.

Doch nun Scherz beiseite! Die Sache hat denn doch eine sehr ernste Seite. Wo in aller Welt läuft man denen nach, die darauf ausgehen, möglichst viel aus unseren Taschen zu holen? Unsere Regierung dürfte bis zur Grenze dessen, was geschehen konnte, bereits gegangen sein. Wenn das Zentrum gestern nicht ohne alle Einschränkung gegen die Schiffahrtsabgaben war, so findet es sich in bester Gesellschaft. Unseres Erinnerns nahm der Oberbürgermeister der Stadt Freiburg den gleichen, vielleicht einen noch weitergreifenden Standpunkt ein.

*

Berichtigung. Der in gestriger Nummer an erster Stelle unter Baden erschienene Artikel „Eine schwere Beleidigung" verdankt seine Aufnahme in den „Bad. Beob." lediglich einem Versehen in der Setzerei.

× **Aus dem Renchtale,** 28. Januar. Herr Nußhag ist nun fein heraus! Er teilt im „Renchtäler" mit, daß das Verfahren wegen Verdacht des Meineids gegen ihn eingestellt sei. Dieses Ende kam allerdings nicht überraschend, nachdem Herr Kaplan Saur als Zeuge nicht mehr in Betracht kam. In den letzten Nummern des „Renchtäler" veröffentlicht nun Herr Nußhag eine Artikelserie, der gegenüber man sich des Gefühls des Ekels und Empörung nicht verwehren kann. Herr Nußhag fühlt sich als Sieger auf dem Plan; er kramt nun alles aus, was sich in ihm während der Jahre seines Hierseins gegen Saur angesammelt hat. Er führt da aus, daß Saur einen „Feldzugsplan" gegen ihn entworfen habe. Saur habe aber seiner „Taktik allzufreien Lauf" gelassen. Er habe geglaubt, Herrn Nußhag „eine Schlinge stellen" zu können; aber er sei „in seinen ausgelegten Schlingen und Fallen selber hängen" geblieben usw. Um den „Fall Saur" richtig in seinem Zusammenhang verstehen zu können, muß man dies, was Herr Nußhag so harmlos ausführt, sowie noch einiges andere wissen, z. B. daß zwei Zeugen aussagten, sie hätten die Nachrede, die Anlaß zum Prozeß wurde, von Herrn Nußhag gehört. Die nächste Ursache des bedauerlichen Ausganges des Saur-Prozesses war der Umstand, daß Herr Saur sich als Zeuge laden ließ; wäre er zusammen mit den beiden anderen in Betracht kommenden Personen als Kläger aufgetreten, so hätte der Prozeß glänzend zu seinen Gunsten ausfallen müssen. Herr Saur gab als Grund für seine Stellungnahme an, daß er sich ganz rein fühle. Tatsache ist jedenfalls daß die bezügl. Vertraulichkeit, die der „Volksfreund" mit cynischen Andeutungen versehen, in so pikanter Weise ausmalt, durchaus keine so klare Sache ist, und daß der darauf sich aufbauende Meineidsverdacht auf der Aussage einer einzigen Zeugin beruht, deren Zeugnis im Lichte verschiedener Tatsachen immer mehr an Gewicht verliert. Diese Zeugin sagte aus, daß Herr Saur sie geküßt habe. Wenn wir es auch selbstverständlich rückhaltlos verurteilen, wenn ein Geistlicher sich so weit vergessen sollte, so darf man nicht vergessen, daß viele derjenigen, die gerade am schärfsten in diesem Falle zu Gericht sitzen, ganz andere Dinge für Kleinigkeiten halten, wenn es ihre Person betrifft. Der letzte Artikel über diese Sache im „Bad. Beob." meint, daß die Stellung des Herrn Vogt in diesem Prozesse eine nähere Beleuchtung verdiene. Wir sind nicht dieser Ansicht. Wer den Anblick im Gerichtssaale von Oberkirch hat genießen müssen: Vogt mit seinem Rechtsanwalt Dr. Rombach im Bestreben, durch Zeugen gegen Hern Saur den Wahrheitsbeweis für eine Behauptung zu erbringen, die wir hier nicht einmal andeuten mögen, der versteht uns! Herr Vogt als Freund Nußhags — na! schweigen wir. (Herr Nußhag! Weder mit diesem noch mit dem letzten „Bad. Beobachter"-Artikel hat der Herr Pfarrer von Lautenbach etwas zu tun. Glauben Sie nur ja nicht, nur Geistliche seien Ihre Gegner. Einen der kräftigsten gegen Sie gerichteten Artikel der neueren Zeit hat, erschrecken Sie nicht, — ein Liberaler geschrieben. Machen Sie nur so weiter im Renchtale, so wird die Zeit kommen, wo Ihre Rolle ausgespielt sein wird — bei den Liberalen.)

Badischer Landtag.

Unberechtigter Nachdruck der B.Z.K.-Berichte ist untersagt.

BZK. Karlsruhe, 29. Jan. 1909.

26. Sitzung.

Landwirtschaftsdebatte.

Dritter Tag.

Noch 24 Redner sind gemeldet; die einzelnen Rednermüssen sich der Kürze befleißen, sonst geht auch noch die nächste Woche darauf, bis die Landwirtschaft zu Ende geführt ist. Das Haus ist nur mäßig besetzt, die Tribünen schwach. Als erster spricht heute

Abg. **Frhr. v. Gleichenstein** (Ztr.) zunächst über die Lage der Rebleute und über die Gefahren, die dem Rebbau durch die Motten und durch die Reblaus drohen. Es sei sehr zu befürchten, daß die Reblaus auch bei uns eindringe, vielleicht zuerst am Kaiserstuhl wegen der Nähe des verseuchten Elsaß. Da sei die Amerikanerrebe schließlich die einzige Rettung und Hoffnung. Deswegen sollte für amerikanische Unterlagen gesorgt werden unter Berücksichtigung der Bodenverhältnisse. In der

Bienenzucht

sei das Zunehmen der Faulbrut zu beklagen, die mit mehr Nachdruck bekämpft werden müßte. Die Regierung solle die Bestrebung um

wirksamen Schutz des Honigs

unterstützen. In einer Gemeinde seines Bezirks herrschen Klagen über den Schaden, den die Saatkrähen anrichten. Bezüglich des

Hopfenbaues

hebt Redner die Unkosten für Anlage und Betrieb hervor, die sehr hoch genannt werden müßten. Der Hopfenbau sei sehr im Rückgang auch in den zwei noch übrig gebliebenen Bezirken. In der Gegend von Heidelberg bedeute das für 2500 Familien großen Verlust, da die Preise sehr niedrig seien und letztes Jahr eine Mißernte gewesen sei. Die Regierung möge dem Hopfenbau erhöhte Fürsorge zuwenden durch Gewährung von mehr Waldstreu, um mehr Dung zu bekommen, durch Prämiierung, Einführung neuer Sorten aus Böhmen, Ermäßigung der Steuer.

Abg. **Leiser** (natl.) spricht über den Aufwand für Augustenberg, über den Leiter der Versuchsanstalt, über die Saatzucht, über die landwirtschaftlichen Schulen, über die Hochburg, deren Aufwand jährlich 12 200 Mark betrage und dem Pächter eine sehr ertragreiche Milchkuh darstelle. Der Pächter brauchte doch nicht gerade ein Württemberger zu sein. Bei der Viehprämiierung sagt Redner, wie die Prämien verwendet werden, wieviel die Landwirte und wieviel die Kommissionen bekommen.

Abg. **Frhr. v. Mentzingen** (Ztr.) behandelt zuerst satyrisch den Weihrauch, den die Herren Neck und Müller zu Ehren der Regierung gestern verbrannt, wohl zum Zweck der Captatio benevolantiae, zu deutsch: man wirft eine Wurst nach der Speckseite. Die Herren werden wohl ihre Wünsche anbringen. Herr Müller habe gesagt, der landwirtschaftliche Verein sei bereits 100 Jahre alt, wie viele Jahre er aber geschlafen, habe Müller nicht gesagt. Redner bringt dann einige Wünsche aus Mittelbaden über ungenügende Vertretung in der Landwirtschaft, über Pferdezucht und Rindviehzucht, über Einteilung des Landes in drei Tierzuchtämter. Die von Herrn Sänger gewünschte Auswanderung nach der Ostmark habe ihre Schwierigkeit, da ja bedauerlicherweise nur Protestanten angenommen werden, während die Katholiken an die russische Grenze geschoben werden. Auch hätte er eher die Auswanderung nach den deutschen Kolonien empfehlen sollen. Gegen den Vorwurf der Rückständigkeit der Bauern, wie Herr Breitenfeld ihn erhoben, verteidigt Redner unsere Bauern in gelungener Weise; rückständig seien wohl die Bauern, die einem sozialdemokratischen Milchhändler, der seine Milch aus der Schweiz beziehe, ihre Stimen gäben. Pflügmaschinen könnten die Bauern nicht aufstellen. Jedenfalls nehme es sich sonderbar aus, wenn die Sozialdemokraten sonst so wettern, wenn ausländische Arbeiter bei uns Verwendung finden, während Breitenfeld selbst mit ausländischer Milch die inländischen Preise drücke. Bezüglich der Vorwürfe gegen die Zollpolitik fragt Redner, warum denn die Sozialdemokratie in Frankreich die Schutzzölle nicht über den Haufen geworfen, wo sie doch die Macht dazu habe. In Dänemark lägen die Verhältnisse wesentlich anders, da es dort keine Industrie gebe und alle Staatsmittel für die Landwirtschaft verwendet werden könnten. Zum Schluß beleuchtet Redner die Liebe der Sozialdemokraten zur Landwirtschaft in trefflicher Weise.

Abg. **Bechtold** (Soz.) hat „vorgehabt, sich mäßig zu halten", hätte sich aber schärfer gerüstet, wenn er gestern gewußt hätte, daß es heute so gehe. Abg. Müller hätte ihr Interesse für die Landwirtschaft angezweifelt; wenn die Liberalen mit ihrer Liebe zu den Arbeitern so ehrlich seien, wie die Sozialdemokratie mit ihrer Liebe zu den Landwirten, dann sei es gut. Der badische

Hopfenbau

sei wohl rentabel, allein die zu oft auftretenden Krankheiten schädigen ihn so, daß der Ausfall der Einnahmen zu groß sei. Die Bauern hätten die Hopfen herausgehauen und Futtermittel gebaut. Die

Pferdezucht

sei sein Lieblingsfach, er empfehle die Halbblutzucht. Bei der

Viehzucht

vermisse er einen den aufgewendeten Mitteln entsprechenden Fortschritt und bedauert den Verkauf schönen Viehes nach Amerika. Die Schweinezucht sei eine verkehrte, und darin läge der Hauptgrund ihres Rückgangs. Seckenheim habe jährlich 2000 junge Ferkel weniger als früher, das mache einen Ausfall von 50 bis 60 000 Mark. Auch das Futter sei zu teuer. Die eingeführte Futtergerste habe denaturiert werden müssen, weil sie sonst „unberufener Weise" zu Brot verwendet worden sei. Das Denaturieren habe zur Vergiftung und zum Absterben von Tieren geführt. Die Regierung möge da nachschauen, wo sich Fehler eingeschlichen. Beim

Obstbau

habe er „keine guten Früchte" erzielt, der

Gemüsebau

verspreche bessere Resultate. Dazu seien Wasserwerke notwendig, deren Einrichtung die Regierung nicht unterschätzen solle. Der

kleine Bauer habe alle Ursache, den Arbeiter zu beneiden.

Necks Bild vom Tabakbau sei unrichtig gewesenr. Für Besserung der Qualität sei manches möglich zu tun. Die Tabakprämiierung finde geringen Anklang bei den Pflanzern, ebenso geringen wie die Viehprämiierung. Auf dem Genossenschaftswege ließe sich noch mancher Vorteil erzielen für Produzent und Konsument. Die Versicherungsprämien bei Brandfällen solle in tunlicher Bälde ausbezahlt werden.

Abg. **Schmunck** (Ztr.) spricht zu den Amerikanerreben. Im Bühler Bezirk seien die ersten Bestrebungen erfolgt, nachdem die Leute durch Artikel im landwirtschaftlichen Kalender zur Pflanzung eingeladen worden und zu ausgedehnter Anlage geschritten seien. Das Erträgnis sei das vierfache gewesen gegenüber den anderen Reben. Die Nachfrage

Theater und Kunst.

= **Großh. Hoftheater.** Siegfried Wagner wird nach seiner Rückkehr vom Stadttheater Magdeburg, wo man sich zur Aufnahme des „Banadietrich" rüstet, die am Donnerstag, den 5. Febr., stattfindende dritte Aufführung dieses Werkes selbst dirigieren. Am Montag, den 31. Jan., wird das Lustspiel „Das Konzert" von Hermann Bahr, dem Wiener Dichter und Feuilletonist, welcher am darauffolgenden Tag, dem 1. Febr., im Kaufmännischen Verein einen Vortrag über Schauspielkunst halten wird, zum erstenmale wiederholt. Im übrigen ist der veröffentlichte Spielplan der Faschingszeit angepaßt — er enthält für Dienstag, den 1. Februar, die Operette „Das verwunschene Schloß" von Millöcker, für Freitag, den 4. und Montag, den 7. Febr., Nestroys Zauberposse „Lumpazivagabundus" und für Samstag, den 5. Februar, die zweite Wiederholung des „Konzerts". Am Fastnacht-Sonntag, den 6. und Fastnacht-Dienstag, den 8. Februar, finden je zwei Vorstellungen statt; am Sonntag, nachmittags 2 Uhr, werden uns die Elsässer Grebers lustiges „Teschtament" eröffnen, abends folgt eine Aufführung von Nicolais „Lustigen Weibern von Windsor" — an Fastnacht-Dienstag, vormittags 11 Uhr, wird für die Jugend das vor fünf Jahren zum letztenmal aufgeführte Märchen „Aschenbrödel" geboten und abends 7 Uhr findet eine Wiederholung von „Das verwunschene Schloß" statt. An der Einstudierung des am 15. Februar zur Uraufführung gelangenden Dramas „Das zweite Leben" von Georg Hirschfeld wird weiter gearbeitet. Ferner steht eine zweite zyklische Aufführung des „Rings des Nibelungen" in Aussicht, welche im Sonderabonnement stattfinden soll. Gorters „Süßes Gift" wird zusammen mit einem gleichfalls in Vorbereitung befindlichen Ballet „Tanzspiele" in der zweiten Hälfte des Februar in Szene gehen.

Kirchliche Nachrichten.

)(**Muggensturm,** 26. Jan. Vom 12. bis 20. Februar findet hier eine Missionserneuerung statt durch zwei Redemptoristenpatres und zwar kommen die Herren Pater Provinzial J. B. Schmid von Gaos a. Inn und Pater Philipp Günter von Niederachdorf bei Straubing, die auch im letzten Jahr hier waren und sehr gut wirkten.

= **Breslau,** 26. Jan. Herr Weihbischof Dr. Heinrich Marx hat seine Aemter bei dem Fürstbischöflichen Konsistorium, der Geheimen Kanzlei und dem Generalvikariat wegen andauernder Kränklichkeit niedergelegt. Da er aus dem gleichen Grunde seine Funktionen als Weihbischof nicht in der wünschenswerten Weise ausüben kann, soll zur Hilfe ein zweiter Weihbischof ernannt werden. Als solcher wird lt. „K. V." Ehrendomherr Karl Augustin, Generalvikariatamtsrat und Kurator der Kongregation der Grauen Schwestern in Breslau, genannt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

nach Trauben und Wein sei so groß gewesen, daß man nicht mehr bloß von einem „Haustrunk" reden könne. Der Minister habe diesen Unterschied erfreulicherweise auch nicht gemacht und werde hoffentlich auch fernerhin den Rebleuten nach Möglichkeit entgegenkommen. Deren Dank könne er versichert sein. Bezüglich der

Tabakeinschätzung

glaubt Redner, daß die große Summe der Einschätzung gut gespart werden könnte, es sei ja keine große Gefahr, daß die Bauern unfermentierten Tabak rauchen.

(Die Sitzung dauert fort.)

Kleine badische Chronik.

X **Heidelberg**, 28. Jan. Der verstorbene Privatier Jelmoli vermachte der Stadt testamentarisch 2000 Mark zugunsten der Armen.

⊙ **Weinheim**, 28. Jan. Bei der städtischen Sparkasse wurden 1909 eingelegt 1,397,750.88 M., zurückgezogen 990,363.46 Mark.

X **Adelsheim**, 28. Januar. In Seckach wurde der 64 Jahre alte Taglöhner Konstantin Bischoff wegen Sittlichkeitsverbrechen verhaftet.

○ **Aus dem Amtsbezirk Boxberg**, 27. Jan. Was ein Häkchen werden will, krümmt sich beizeiten! In einem Orte unseres Amtsbezirkes hat vor kurzer Zeit ein 13 Jahre alter Knabe seinem Vater die Geldkasse revidiert und dieselbe um 20 Mark leichter gemacht. Von dem Gelde kaufte er sich für ein paar Mark Schleckwaren, zwei Mundharmonika für 2.70 M., ein Päkchen Zigaretten, begab sich mit dem übrigen Gelde mit seinem 10 Jahre alten Bruder in die Nachbarstadt M., kaufte dort eine Schießwaffe mit 20 Patronen für einige Mark, ferner drei elektrische Taschenlaternen für 3.50 M., für jeden drei Würste, Bier und Zigaretten und ließen sich dann heimfahren. Die Taschenlampen verkaufte er später wieder zu 10 und 50 Pfg., welchen Betrag er aber beim Kartenspiel verspielte. Die beiden Mundharmonika verhandelte er für 15 Aepfel. Die Schießwaffe warf er weg, ebenso die Patronen. Dieses Bürschchen treibt das Geldnehmen, nach seinen eigenen Angaben, schon 4 Jahre.

✠ **Vom Bauland**, 26. Jan. In Glashofen wurde zum dritten male Bürgermeisterwahl abgehalten. Bei derselben ging Herr Gemeinderat Alois Berberich als Ortsvorstand mit 14 Stimmen hervor. Sein Gegenkandidat erhielt 11 Stimmen. — In Walldürn beschlossen die Milchlieferanten, den Preis der Milch infolge der erhöhten Futterpreise von 14 auf 16 Pfg. pro Liter zu erhöhen. — In Klepsau (Amt Boxberg) wurde am 23. d. M. im Bahnhofhäuschen eingebrochen und der Inhalt der Kasse mit 21 Mark gestohlen. — In Krensheim feierte am 25. d. M. der dortige Landwirt Johann Igerst und seine Ehefrau Margarete geb. Schenk das Fest der goldenen Hochzeit. — In Schillingstadt (Amt Boxberg) kam es bei einer am 23. d. M. abgehaltenen Tanzunterhaltung zu einer Schlägerei, bei deren Verlauf ein Bursche von dort solche Verletzungen davontrug, daß er in Lebensgefahr schwebt.

§ **Bühl**, 28. Jan. Die Bürgerausschußwahlen hatten folgendes Ergebnis: Gewählt wurden in der dritten Klasse die Kandidaten des Zentrums, in der zweiten Klasse 4 Kandidaten der Liberalen und 12 Zentrumsleute. In der ersten Klasse siegte die liberale Liste.

ß **Wolfach**, 28. Jan. Bei der heute stattgehabten Erneuerungswahl des Gemeindergts wurden die Herren Privatier Wilh. Armbruster mit 38, Küfermeister Adolf Reef mit 35 und Kaufmann Philipp Sartory mit 34 Stimmen wiedergewählt. Im Ganzen haben 64 Bürger abgestimmt.

+ **Vom Breisgau**, 28. Januar. In Bleichheim konnten die Johann J. Müllerschen Eheleute das Fest der goldenen Hochzeit feiern. Der Großherzog bedachte das Jubelpaar mit einem Geldgeschenk von 30 Mark.

= **Schwageten** (Amt St. Blasien), 28. Januar. Vor einigen Jahren wurde im hiesigen Pfarrhause eingebrochen und der Betrag von 850 M. entwendet. Dieser Tage ist nun das gestohlene Geld bei dem Ortsgeistlichen eingegangen. Der Absender hüllt natürlich seinen Namen in Schweigen.

::: **Zum Vollzug des Biersteuergesetzes.**

Karlsruhe, 28. Jan. Das heutige Gesetzes- und Verordnungsblatt veröffentlicht das Gesetz betr. die Abänderung des Biersteuergesetzes, sowie die landesherrliche Verordnung: den Vollzug des Biersteuergesetzes. Darin wird u. a. bestimmt:

„Die Steuer beträgt für je 100 Klgr. ungebrochenen oder gebrochenen Malzes, die bei einem Brauereigeschäft in einem Kalenderjahr steuerbar werden, für die ersten 250 Dztr. 15 Mk., für die folgenden 1250 Dztr. 17 Mk. 50 Pfg., für die folgenden 1500 Dztr. 20 Mk., für die folgenden 2000 Dztr. 21 Mk., für die folgenden Dztr. 22 Mk. Für die vom 1. Aug. 1909 betriebsfähig hergerichteten Brauereien wird, sofern in ihnen im Durchschnitt der Jahre 1907, 1908 und 1909 nicht mehr als 150 Dztr. Malz steuerbar geworden sind, die Steuer von den ersten 150 Dztr. des in einem Kalenderjahr steuerbar gewordenen Malzes auf 13 Mk. für den Doppelzentner ermäßigt. Diese Vergünstigung erlischt dauernd mit dem Ablauf des Jahres, in welchem in der Brauerei mehr als 150 Dztr. steuerbar geworden sind. Für diejenigen, die obergähriges Bier nur zum eigenen Bedarf im Haushalt bereiten und hierzu in einem Kalenderjahr nicht mehr als 5 Dztr. Malz verwenden, beträgt die Steuer für je 100 Klgr. 4 Mk. Diesen Brauereien ist untersagt, solches Bier an nicht zum Haushalt gehörige Personen gegen Entgelt abzugeben." Für neue Brauereien, die nach dem 1. Febr. 1910 in Betrieb genommen werden und mit deren Bau nicht bereits vor dem 1. August 1910 begonnen war, sowie für Brauereien, die nach dem 1. Februar 1910 wieder in Betrieb genommen werden, nachdem sie mehr als zwei Jahre außer Betrieb waren, erhöhen sich die Steuersätze in der Zeit bis zum 31. Dezember 1912 um 25 vom Hundert. Das Finanzministerium ist ermächtigt, von dieser Erhöhung der Steuersätze für Brauereien, die mehr als zwei Jahre außer Betrieb waren, abzusehen, wenn erhebliche Billigkeitsgründe hierfür vorliegen. Soweit beim Inkrafttreten dieses Gesetzes Verträge über Lieferung von Bier durch den Brauer bestehen, ist der Abnehmer verpflichtet, dem Brauer einen Zuschlag zum Hektoliterpreis in dem Betrage zu zahlen, um den die Steuer für 1 Hektoliter des in der Brauerei hergestellten Bieres durch dieses Gesetz erhöht wird. Für die Berechnung ist der Betriebsumfang der Brauerei zurzeit des Vertragsabschlusses maßgebend. Das Gesetz tritt am 1. Februar 1910 in Kraft.

Lokales.

Karlsruhe, 29. Januar 1910.

= **Der Zwischenfall bei der Kaiserfeier.** In der Angelegenheit des bekannten Zwischenfalles bei der Bürgerfeier anläßlich des Geburtstages des Kaisers ist heute folgende offizielle Erklärung erlassen worden: „Wie wir vernehmen, hat der auch von uns erwähnte Zwischenfall beim Kaiserbankett der hiesigen Bürgerschaft, der übrigens erst infolge seiner nicht ganz zutreffenden Darstellung in der ersten Notiz der „Frankfurter Zeitung" weitere Kreise zu ziehen drohte, seine allerseits befriedigende Erledigung gefunden, nachdem sowohl Oberbürgermeister als — durch dessen Vermittelung — Herr Stadtverordneter und Kammerstenograph E. Frey dem Kgl. Preußischen Gesandten die Erklärung abgegeben haben, es tue ihnen leid, daß er sich durch einen Passus in der Rede des Frey verletzt gefühlt habe, da ein derartiger Erfolg vom Redner weder beabsichtigt noch vorausgesehen war." Es gibt also keinen Krieg zwischen Preußen und Baden.

| | **Festhalle-Konzert.** Wir machen auch an dieser Stelle auf das morgen nachmittag 4 Uhr in der Festhalle stattfindende humoristische Konzert der Kapelle des 1. Rhein. Infanterie-Regiments von Lützow (Nr. 25) aus Rastatt, die unter Leitung des Herrn Musikmeisters Roick steht, aufmerksam. Die Kapelle ist von ihren früheren Konzerten her noch in guter Erinnerung und es dürfte sich deshalb das Konzert eines lebhaften Zuspruchs erfreuen, zumal es wohl die letzte Gelegenheit sein wird, sie vor ihrer Uebersiedelung in ihre neue Garnison Aachen zu hören. Die Musikabonnementskarten bleiben in Geltung. Die Eintrittspreise sind die gewöhnlichen.

Sport.

ß **Fußballsport.** Auf dem Alemanniasportplatz stehen sich nächsten Sonntag die hiesige Alemannia und der Straßburger Fußballverein gegenüber. Straßburg, bekannt durch sein flinkes Stürmerspiel, konnte erst vergangenen Sonntag wieder seine hohe Klasse beweisen und die Stuttgarter Sportfreunde ganz überlegen schlagen. Auf der andern Seite wird Alemannia alles daran setzen, die zwei wertvollen Punkte für sich zu buchen, weshalb ein hartnäckiger und interessanter Kampf zu erwarten ist. Beginn des Spiels halb 3 Uhr.

Triberg, 28. Jan. Schneehöhe 60 Zentimeter; Skibahn gut, Rodelbahn tadellos.

X **Schonach** bei Triberg, 27. Januar. Der von der hiesigen Ortsgruppe des Ski-Club Schwarzwald früher für den 16. d. M. vorgesehene 5. Schneeschuhwettlauf mußte zurzeit infolge ungünstiger Schneeverhältnisse verschoben werden. Derselbe findet aber nun jetzt, nachdem wir bei ca. 50 Zentimeter Schnee tadellose Skibahn haben, bestimmt nächsten Sonntag, 30. Jan. d. M., statt. Die Wettläufe beginnen vormittags halb 10 Uhr. Anmeldungen sind an die Ortsgruppe zu richten. Telephonruf Nr. 2 Triberg.

Vermischte Nachrichten.

Großfeuer in der Dürrkoppschen Fabrik.

Bielefeld, 28. Jan. In den Reparaturräumen der Automobilfabrik Dürrkopp brach heute früh Großfeuer aus. Automobile und Automobilteile im Werte von 400 000 Mk. wurden vom Feuer zerstört. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt, der Betrieb wird nicht gestört.

Neuer Schneesturm.

Essen (Ruhr), 28. Jan. Im ganzen Ruhrgebiet hat heute mittag ein neuer heftiger Schneesturm eingesetzt, der die bereits behobenen Verkehrsstörungen wieder in verstärktem Maße hervorrief.

Ueberschwemmungen am Niederrhein.

Duisburg, 29. Jan. Der Rhein ist bei Ruhrort aus den Ufern getreten und hat eine Höhe, wie man es seit Jahrzehnten nicht erlebte. Der ganze untere Stadtteil Duisburg-Meiderich steht unter Wasser. In Unter-Meiderich ist das Hochwasser in die Parterreräume eingedrungen, so daß viele Familien ihre Wohnungen verlassen mußten. Das Hochwasser des Rheins droht die Kruppsche Alfred-Hütte in Rheinhausen zu überschwemmen. An der Eindämmung des Hochwassergebiets wird eifrig gearbeitet. Die Schiffahrt ist größtenteils eingestellt. Vom Oberrhein kommen Nachrichten über anhaltendes Steigen des Stromes.

Hochwasser in Paris.

Paris, 29. Jan. Ein Nachlassen der Ueberschwemmung war bis gestern abend nicht zu bemerken. Im Gegenteil, die Ueberschwemmung greift noch weiter um sich. Inzwischen regnet es wieder in Strömen. Die deutsche Botschaft steht nunmehr ganz im Wasser; der Verkehr geht über die Dächer. In einigen Straßen gleicht das Wasser einem reißenden Fluß, so daß große Befürchtungen bestehen.

Ein Korporal ist bei den Rettungsarbeiten ertrunken. Die Zeitungen befürchten, ihr Erscheinen einstellen zu müssen. 10 423 Telephonleitungen sind unbrauchbar. Mit Oesterreich, England, Holland bestehen keine direkte Verbindungen mehr. Paris bietet das Bild einer belagerten Stadt. Viele Leute verlassen Paris, andere kommen, um in Paris Schutz zu suchen. Im Geschäftsleben herrscht unter diesen Umständen eine schwere Stockung. Ein Ende ist einweilen noch nicht abzusehen.

Paris, 28. Jan. Beim Morgengrauen gab ein Teil der Quaimauer am rechten Ufer der Seine zwischen der Alexander- und Concordien-Brücke nach und das Wasser strömte in die Champs Elysée. Wegen Ueberschwemmung der Höfe des Instituts de France sind alle Akademie-Sitzungen abgesagt. Die Concordien-Brücke darf nur mit besonderem Erlaubnisschein passiert werden. Am Quai de Billy sind vier mit dem Depeschendienst betraute Soldaten mit einem Boot umgekippt, wobei ein Korporal ertrank.

Schreckenstat eines Wahnsinnigen.

Graz, 28. Jan. Ein 40jähriger Grundbesitzer in Ober-Semon bei Illyrisch-Freistritz schlug gestern im Wahnsinn seinen beiden 2 und 3 Jahre alten Kindern mit einem Hammer den Schädel ein und streckte darauf seine Schwester, die herbeieilte, mit einem Hammerschlag nieder. Nach längerem Kampfe konnte der Wahnsinnige gefesselt werden.

Bergsturz.

Rom, 2. Jan. Von Monte Christo bei Gubbio lösten sich große Geröllmassen ab infolge der letzten heftigen Regengüsse. Zwei Bauernhäuser mit 25 Bewohnern wurden von den abstürzenden Erdmassen verschüttet. Ein Teil der Bewohner konnte sich durch schleunige Flucht retten. 4 Personen erlitten schwere Verletzungen und vier andere fanden ihren Tod.

Feuer auf einem Dampfer während der Ueberfahrt.

Athen, 28. Januar. Der österreichische Lloyddampfer Venetia von Kalkutta nach Triest unterwegs, kam gestern hier an und berichtete, daß am 24. Januar, während sich der Dampfer auf hoher See befand, im Schiffsraum Feuer ausbrach. 170 Tonnen Ladung mußten über Bord geworfen werden. Obwohl man das Feuer sofort bemerkte und ihm energisch zu Leibe ging, konnte es erst nach 25 Stunden gelöscht werden. Der größte Teil der Ladung ist beschädigt.

Telegramme und neueste Nachrichten.

Das Befinden des Reichstags-Präsidenten.

Berlin, 28. Jan. Die Hoffnung, daß der Präsident des Reichstages, Graf Stolberg-Wenigerode, nach dem Geburtstag des Kaisers die Leitung der Präsidialgeschäfte wieder übernehmen werde, hat sich nicht erfüllt. Obwohl Graf Stolberg auf dem Wege der Besserung sich befindet, muß er doch auf Wunsch der behandelnden Aerzte noch das Bett hüten und wird wohl noch einige Zeit den Sitzungen des Reichstages fern bleiben.

Die Eröffnung des Landesausschusses in Elsaß-Lothringen hat gestern, 28. Januar, in Straßburg stattgefunden mit einer Rede des Statthalters, in der ebenfalls die schlechte finanzielle Lage einen Hauptpunkt bildet. Eine Reform der direkten Steuern wird angekündigt.

Das Präsidium wurde wieder wie früher besetzt. Präsident Jannez, 1. Vize Dr. Gunzert, 2. Abg. Koechlin.

Empfang beim Kaiser.

Berlin, 28. Jan. Der Kaiser empfing heute vormittag 11 Uhr die anläßlich der französischen Kunst-Ausstellung hier anwesenden französischen Herren und zeigte ihnen u. a. den früheren Apollo-Saal im königlichen Schloß, welcher unter dem Namen Joachim-Saal im Stile der Zeit des Kurfürsten Joachim unlängst umgebaut wurde.

Wetterbericht des Zentralbur. für Meteorol. und Hydrogr. vom 29. Januar 1910.

Mit etwas abnehmender Tiefe ist die Depression, die gestern über Südwestengland erschienen war, bis in die Nordsee hereingezogen; im ganzen Westen Deutschlands hatte sie bereits am Morgen mildes und regnerisches Wetter hervorgerufen, während es im Osten noch sehr kalt war (Bromberg —13 Grad). Der hohe Druck hat sich auf Westrußland zurückgezogen. Die Depression scheint ostwärts abzuziehen, ohne daß ihr eine neue folgt; es ist deshalb veränderliches und wieder etwas kühleres Wetter mit zeitweisen Niederschlägen, die auch in tieferen Lagen in Form von Schnee niedergehen werden, zu erwarten.

Z.-B. f. M. u. H. (Schneebeobachtungen.)

In den letzten 8 Tagen hat es in den höheren Lagen ziemlich ergiebig geschneit. Am Morgen des 27. Januar (Donnerstag) sind gelegen in Furtwangen 91, in Dürrheim 46, in Stetten a. k. M. 40, in Heiligenberg 52, in Zollhaus 84, beim Feldbergerhof 150, in Titisee 105, in Bonndorf 75, in Höchenschwand —, in St. Blasien 85, in Gersbach 80, in Todtnauberg —, in St. Märgen 96, in Kniebis 62, in Herrenwies 60 und in Buchen 25 cm.

Nach 7jähriger Tätigkeit als Assistenzarzt bei den Herren: Professor Hopmann (Cöln), Dr. Kassnitz (früher Karlsruhe) und Professor Siebenmann (Basel) habe ich mich als

Spezialarzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten
hier, Sophienstrasse 38, II,

beim Diakonissenhaus niedergelassen.

Sprechstunde
täglich morgens von 10—1, mittags von 3—5 Uhr.

Dr. Morian.

Bekanntmachung.

Vierprozentige deutsche Reichs- und Preußische consolidierte Staatsanleihe.

— Unkündbar bis 1. April 1918. —

Von den auf Grund gesetzlicher Ermächtigung jetzt seitens der Finanzverwaltungen des Reichs und Preußens auszugebenden **vierprozentigen** Anleihen haben übernommen:

1. Die **Reichsbank**, die **Königliche Seehandlung (Preußische Staatsbank)**, die Bank für Handel- und Industrie, die Berliner Handels-Gesellschaft, S. Bleichröder, die Commerz- und Discontobank, Delbrück Leo & Co., die Deutsche Bank, die Direktion der Disconto-Gesellschaft, die Dresdner Bank, F. W. Krause & Co. Bankgeschäft, Mendelssohn & Co., die Mitteldeutsche Creditbank, die Nationalbank für Deutschland, der A. Schaaffhausen'sche Bankverein, sämtlich zu Berlin, sowie Sal. Oppenheim jr. & Co zu Cöln, Lazard Speyer-Ellissen und Jakob S. H. Stern zu Frankfurt a. M., L. Behrens & Söhne, die Norddeutsche Bank in Hamburg, die Vereinsbank in Hamburg und M. M. Warburg & Co, zu Hamburg, die Allgemeine Deutsche Creditanstalt zu Leipzig, die Rheinische Creditbank zu Mannheim, die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank und die Bayerische Vereinsbank zu München, die Königliche Hauptbank zu Nürnberg, die Ostbank für Handel und Gewerbe zu Posen und die Württembergische Vereinsbank zu Stuttgart den Nennbetrag von

Dreihundertvierzig Millionen Mark Reichsanleihe,

2. die **Königliche Seehandlung (Preußische Staatsbank)** und ebendieselben Firmen den Nennbetrag von

Hundertvierzig Millionen Mark Preußische Staatsanleihe,

und legen beide Beträge gemeinschaftlich unter den nachstehenden Bedingungen hiermit zur öffentlichen Zeichnung auf. Die Anleihen werden mit vier vom Hundert jährlich verzinst; die Zinsen werden am 2. Januar und 1. Juli bezahlt.

Berlin, im Januar 1910.

Reichsbank-Direktorium.
Havenstein. v. Grimm.

Königliche Seehandlung (Preußische Staatsbank).
von Dombois.

Bedingungen.

1. Die Zeichnung findet
am Sonnabend, den 5. Februar d. J., von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags
statt bei: dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere, der Seehandlungs-Hauptkasse und der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, bei allen Reichsbank-Hauptstellen, Reichsbankstellen und den Reichsbank-Nebenstellen mit Kasseneinrichtung, bei der Königlichen Hauptbank in Nürnberg und ihren sämtlichen Zweiganstalten, sowie ferner bei:
der Bank für Handel und Industrie, der Berliner Handels-Gesellschaft, S. Bleichröder, der Commerz- und Disconto-Bank, Delbrück Leo & Co., der Deutschen Bank, der Direktion der Disconto-Gesellschaft, der Dresdener Bank, F. W. Krause & Co. Bankgeschäft, Mendelssohn & Co., der Mitteldeutschen Creditbank, der Nationalbank für Deutschland und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein, sämtlich zu Berlin, Sal. Oppenheim jr. & Co. zu Cöln, Lazard Speyer-Ellissen und Jacob S. H. Stern zu Frankfurt a. M., L. Behrens & Söhne, der Norddeutschen Bank in Hamburg, der Vereinsbank in Hamburg und M. M. Warburg & Co. zu Hamburg, der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt zu Leipzig, der Rheinischen Creditbank zu Mannheim, der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank und der Bayerischen Vereinsbank zu München, der Ostbank für Handel und Gewerbe zu Posen und der Württembergischen Vereinsbank zu Stuttgart und bei den in Deutschland belegenen Haupt- bezw. Zweigniederlassungen dieser Firmen.
2. Die aufgelegten Anleihebeträge werden ausgefertigt für die Reichsanleihe in Schuldverschreibungen zu 10 000, 5000, 1000, 500, 200 Mark, für die Preußische Staatsanleihe in Schuldverschreibungen zu 10 000, 5000, 2000, 1000, 500, 200, 100 Mark, beide mit Zinsscheinen über vom 1. Juli d. J. laufende Zinsen.
3. Der **Zeichnungspreis** beträgt:
   a) für diejenigen Stücke, die unter Sperrung bis 15. Januar 1911 in das Reichs- oder Staatsschuldbuch einzutragen sind, **101,80** Mark für je 100 Mark Nennwert;
   b) für alle übrigen Stücke **102,—** Mark für je 100 Mark Nennwert.
   Die Eintragung in die Schuldbücher erfolgt gebührenfrei. Der amtliche Schriftwechsel in Schuldbuchangelegenheiten erfolgt als portopflichtige Dienstsache.
   Stückzinsen werden in üblicher Weise verrechnet.
4. Bei der Zeichnung hat jeder Zeichner eine Sicherheit von 5% des gezeichneten Nennbetrages in bar oder solchen nach dem Tageskurse zu veranschlagenden Wertpapieren zu hinterlegen, welche die betreffende Zeichnungsstelle als zulässig erachtet. Die vom Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere ausgegebenen Depotscheine sowie die Depotscheine der Königlichen Seehandlung (Preußische Staatsbank) vertreten die Stelle der Effekten.
   Den Zeichnern steht im Fall der Reduktion die freie Verfügung über den überschießenden Teil der geleisteten Sicherheit zu.
   Zeichnungsscheine sind bei allen Zeichnungsstellen unentgeltlich zu haben.
   Es können aber die Zeichnungen auch ohne Verwendung von Zeichnungsscheinen erfolgen, und zwar brieflich mit folgendem Wortlaut:
   „Auf Grund der öffentlich bekanntgemachten Bedingungen zeichne ich von den jetzt aufgelegten 4% Reichs- bezw. Preußischen Staatsanleihen
   nom M. _____ Deutsche Reichsanleihe
   nom M. _____ Preuß. Staatsanleihe
   und verpflichte mich zu deren Abnahme oder zur Abnahme desjenigen geringeren Betrages, welcher mir auf Grund gegenwärtiger Anmeldung zugeteilt wird.
   Soweit meine Zeichnung bei der Zuteilung nicht berücksichtigt wird, bin ich einverstanden, daß statt Reichsanleihe auch Preuß. Staatsanleihe oder statt Preuß. Anleihe auch Reichsanleihe zugeteilt wird*)
   Ich bitte um Zuteilung*)
   von Stücken, die unter Sperrung bis 15. Januar 1911 für mich in das Reichs- oder Staatsschuldbuch einzutragen sind, zum Preise von **101,80** %.
   Ich bitte um Zuteilung*)
   von Stücken, die bis 15. November 1910 der Sperre unterliegen zum Preise von **102.—** %.
   Ich bitte um Zuteilung*)
   von freien, d. h. keiner Sperre unterliegenden Stücken, zum Preise von **102.—**%.
   *) Das Nichtzutreffende ist fortzulassen.
   Als Sicherheit hinterlege ich _____
   Solche Zeichnungsbriefe können nach Belieben an jede der obigen Zeichnungsstellen gerichtet werden.
5. Die Zuteilung erfolgt tunlichst bald nach der Zeichnung dergestalt, daß zunächst die Schuldbuch-Zeichnungen, sodann diejenigen Zeichnungen vorzugsweise berücksichtigt werden, für welche der Zeichner sich, ohne Eintragung ins Schuldbuch, einer Sperre bis zum 15. November 1910 unterworfen hat; im übrigen entscheidet das Ermessen der Zeichnungsstelle.
   Anmeldungen auf bestimmte Stücke können nur insoweit berücksichtigt werden, als dies mit den Interessen der anderen Zeichner verträglich erscheint.
6. Die Zeichner können die ihnen zugeteilten Anleihebeträge vom 19. Februar d. J. ab jederzeit voll bezahlen, sie sind jedoch verpflichtet:
   40% des zugeteilten Betrages am 19. Februar d. J.
   20% „ „ „ spätestens am 3. März d. J.
   20% „ „ „ „ „ 20. April d. J.
   20% „ „ „ „ „ 28. Juni d. J.
   zu bezahlen. Zeichnungsbeträge bis 1000 Mark einschließlich sind am 19. Februar d. J. ungeteilt zu berichtigen. Die Abnahme muß an derselben Stelle erfolgen, welche die Zeichnung angenommen hat.
7. Wird die Zahlung im Fälligkeitstermine versäumt, so kann dieselbe noch innerhalb eines Monats unter Berechnung einer Vertragsstrafe von 5% des fälligen Betrages erfolgen. Wird auch diese Frist versäumt, so verfällt die hinterlegte Sicherheit.
8. Soweit nicht sogleich Schuldverschreibungen verabfolgt werden können, erhalten die Zeichner vom Reichsbank-Direktorium bezw. von der Königlichen Seehandlung (Preußische Staatsbank) ausgestellte Interimsscheine, über deren Umtausch in Schuldverschreibungen das Erforderliche öffentlich bekanntgemacht werden wird. Soweit eine Sperrverpflichtung eingegangen ist, werden die Schuldverschreibungen wie auch die Interimsscheine den Erwerbern erst vom 15. November 1910 ab ausgehändigt.

Anmerkung: Den Sparkassen wird empfohlen, die vom Verbandsvorstande in Aussicht genommene Veröffentlichung in der am 1. Februar erscheinenden „Sparkasse" abzuwarten.

Städt. subv. unter Staatsaufsicht stehende

Höhere

Handelsschule Landau (Pfalz).

I. Handelsrealschule für Schüler von 11–20 Jahren. 1908/9=26 Einjährige.

II. Halbjähr. Handelskurse zur kaufm. Ausbildung für junge Leute von 16–30 Jahren.

Schul- und Pensionatsräume in imposanten Neubauten.
Gewissenhafte Beaufsichtigung; anerkannt gute Verpflegung.

Ausführliche Prospekte versendet **Direktor A. Harr.**

Neuaufnahme 13. April 1910.

Saison-Räumungs-Verkauf

der Grosskürschnerei

Wilh. Zeumer

Kaiserstr. 125|127 **Karlsruhe** Telephon 274

in

Pelzwaren

mit

15% Rabatt und Rabatt-Marken

Während der Weissen Woche
doppelte Rabattmarken.

Ganz aussergewöhnliche Vorteile bietet dieser Räumungs-Verkauf in verschiedenen Pelzarten

durch

grosse Preisermässigung

bis 50 Prozent.

Rabattmarken. **Rabattmarken.**

Grossherzogl. Hofapotheke

Karlsruhe in Baden.

Telephon 491 **Kaiserstrasse 201** Telephon 491
Waldstrasse-Ecke, gegenüber der Kaiser Wilhelm-Passage.

Inh.: Dr. August Krieg, staatlich geprüfter Nahrungsmittelchemiker.

Ausführung chem. und mikroskop. Untersuchungen jeder Art, speziell solcher von Harn und Sputum.

:-: Anfertigung sämtlicher Kassenrezepte. :-:

Vorsicht

ist bei Einkäufen von

Möbel- u. Polsterwaren

sehr angebracht, da die Qualitäten darin sehr verschieden.

Man besichtige unser aufs reichhaltigste ausgestattetes Lager in

Wohnungs-Einrichtungen,

sowie einzelner Möbel in nur solider Ausführung und sehr billigen Preisen.

Gebr. Klein, Karlsruhe,

Durlacherstrasse 97/99. **Telephon 1722.**

— Preisnotierung. —

Badische Rote-Kreuz-Geld-Lotterie

(Ziehung am 12. März 1910) — Los à 1 Mark
empfiehlt
die Geschäftsstelle des Badischen Beobachter, Adlerstr. 42.

Prima Rotwein

garantiert rein

per Liter von **48** Pfennig an,
empfiehlt die

Spanische Weinhandlung

Magin Maynér & Co.

in ihren Filialen:

Rüppurrerstr. 14. Lessingstr. 29. Rheinstr. 45.
Durlacherstr. 38. Schillerstr. 23. Durl. Hauptstr. 51.

Pforzheim, Bruchsal, Baden-Baden und Heidelberg.

Christkindlein, bitte mit uns!

Lieber Leser, mitleidige Leserin. Die Armen der kath. Mission Nagpur, Indien, flehen um deine Hilfe. Die letzten Jahre haben wieder Hunger und Krankheit gebracht, deren schlimme Folgen keineswegs beseitigt sind. Das Volk erkennt die Ohnmacht der Götzen; Erwachsene und sehr viele arme Waisen suchen Hilfe bei dem so armen Missionar. Wer wäre bereit, dem lieben Christkind eine reine Seele zu schenken durch Uebernahme der Patenstelle bei einer braunen Waise?

Helft, um der Großen wie um der Kleinen willen! Wer 1 Mk. oder mehr gibt, erhält baldigst Quittung auf hübscher Ansichtskarte aus Paderborn und nachträglich auf zweiter aus Indien. Fromme Gaben sende man an die Adresse:

Fr. Paulus, Missions-Prokurator, Paderborn.

Der vorstehende Bittruf wird von Uns innigst befürwortet und den lieben Wohltätern Gottes Segen gewünscht.

† Franciscus Stephanus Coppel, Bischof von Nagpur.

Katholischer Arbeiterverein

Karlsruhe.

Die Vereinsangehörigen werden hierdurch in Kenntnis gesetzt, daß unser liebes Mitglied, Herr **Friedr. Faller**, Fabrikarbeiter, uns durch den Tod entrissen wurde.

Wir empfehlen die Seele des Verstorbenen dem Gebete unserer Mitglieder und bitten um zahlreiche Beteiligung beim Leichenbegängnis.

Dasselbe findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

Der Vorstand.

Klopf, klopf! Grüß Gott! tu' auf geschwind!
Sieh' auf der Schwell' ein hilflos Kind.
Die Not, die größte kehrte ein,
In unser trautes Kinderheim.
O, woll' Du uns ein Retter sein
Hilf heute noch dem Josefsheim!
— Wer schnell hilft, gibt doppelt! —

St. Josefsheim vom göttl. Kind,
Weißensee b. Berlin, Gürtelstr. 8.

Kanarienvögel,

nur I. und II. Preisvögel, sind billig zu verkaufen: Werderstraße 12, erster Stock.

Masken-Kostüme

Fräcke, Herrengarderobe
aller Art
reinigt in kürzester Frist

Färberei und chemische Wasch-Anstalt vorm. Ed. Printz Akt.-Ges.

Kaiserstrasse 65, 193, 245,
Kaiserallee 31, Erbprinzenstr. 10,
Ludwig-Wilhelmstr. 11, Schützenstr. 8,
Werderstrasse 35 — Telefon 63.

Tanzlehr-Institut

Josef Braunagel : Nowacksanlage 1.

Einzel-Unterricht für ältere Damen und Herren

zu jeder Zeit.
Zu den beginnenden Kursen werden gefl. Anmeldungen erbeten.
Täglich von 1/21—5 u. 7—8 Uhr.
Sonntags von 2—4 Uhr.

Abonnement-Konzerte

des

Grossherzoglichen Hoforchesters.

Anlässlich des nächsten Hofballes musste das V. Abonnement-Konzert verlegt werden.

Das V. Abonnement-Konzert findet nunmehr am

Mittwoch, den 2. März,

das VI. und letzte Abonnement-Konzert am

Mittwoch, den 6. April

statt.

Der Konzert-Vorstand.

Sonntag, den 30. d. Mts., vormittags 11—12 u. 12—1 Uhr,
findet im **Residenztheater** eine

Wohltätigkeits-Vorstellung

zu Gunsten des kathol. Gesellenvereins statt.

Preise der Plätze: 1 Mk., 60, 40 und 20 Pfg.
Vorverkauf bei **Dorer** und **Dobler**, sowie im **Elisabethenhaus** und **mittags an der Kasse.**

Gebete für die Generalkommunion von Jungfrauenkongregationen

100 Stück Mk. 4.—
empfiehlt
„Badenia", Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei, Karlsruhe, Adlerstraße 42.

Auf

Maria Lichtmeß

empfehle mein großes Lager in

Wachsstöcken, Wachskerzen

etc. etc.

Trotz den bekannt billigen Preisen gewähre ich

10% oder doppelte Rabattmarken.

M. Walz Ww., Marienstraße 83,
vis-à-vis der Liebfrauenkirche.

V. Pfeuffer ◆ Mannheim

Telephon 4492. Inh. **Alfred Moch.** E 5, 5 vis-à-vis der Börse

Kassenschränke

Tabernakelschränke, Opferstöcke u. Kassetten.

Vollendetste neuzeitliche Konstruktionen.

Biberschwanzdach „System Kolb"

Aussehen wie gewohnt. Keine Schalung, keine Dachpappe, deshalb billiger und übersichtlicher. Sicherheit gegen Wind, Regen, Schnee, Russ. Alleinvertrieb für Süddeutschland: **Ernst Heimendorfer, Aeschach-Lindau i. B.** Tel. 204. Fachkundiger Vertreter gesucht.

Der **Räumungs-Verkauf**

wird über die Dauer der

„Weissen Woche"

fortgesetzt. Ich gewähre

doppelte Rabatt-Marken oder **10%** auf alle Artikel mit Ausnahme der „Chasalla"-Marke)

auf alle **zurückgesetzten Waren** bis zu **33 1/3 %** welche zu Nettopreisen verkauft werden.

Sehr günstiges Angebot, gute Schuhwaren zu sehr billigem Preise zu erwerben!

H. Freyheit,

Schuhwaren-Spezial-Geschäft,

117 Kaiserstrasse. **Telephon 1271.**

Kath. Männerverein St. Stefan.

Sonntag, den 30. Januar, abends 7 Uhr, im unteren Saale des **Café Nowack** findet unsere diesjährige

Faschingsunterhaltung

mit nachfolgendem **Tanze** statt. Zu dem reichhaltigen Programm sind unsere verehrl. Mitglieder um recht zahlreiches Erscheinen gebeten. **Das Komitee.**

NB. **Narrenkappe obligatorisch** und am Saaleingang mit Liedertext gegen Entrichtung von 30 Pfg. erhältlich.

Katholischer Männerverein der Südstadt.

Die Mitglieder unseres Vereins sind zu der am

Donnerstag, den 3. Februar, abends 8 Uhr

im Apollotheater

von Seiten des **Pfarrcäcilien-Vereins U. L. Frau** veranstalteten

Faschings-Aufführung

mit Tanz

freundlichst eingeladen.

Die von uns geplante Veranstaltung fällt aus und bitten wir die verehrl. Mitglieder, sich an der obigen Veranstaltung des Pfarrcäcilienvereins U. L. Frau zu beteiligen. **Eintritt 30 Pfg.**

Näheres durch die Anzeigen des einladenden Vereins. **Der Vorstand**

Festhalle.

Sonntag, den 30. Januar 1910, nachmittags 4 Uhr,

Großes humoristisches Konzert

ausgeführt von dem Musikkorps des

Infanterie-Regiments von Lützow (1. Rhein.) Nr. 25 in Rastatt.

Leitung: Musikmeister **Richard Roick.**

Eintritt: Abonnenten . . . . . 20 Pfg.
Nichtabonnenten . . . . . 50 Pfg.
Soldaten und Kinder je die Hälfte.

— Musikprogramm 10 Pfg. —

Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.
Die Musikabonnementskarten haben Gültigkeit.

Unentbehrlich für jede Familie!

Underberg-Boonekamp

Semper idem,

Fabrikation alleiniges Geheimniss der Firma:

H. UNDERBERG-ALBRECHT

Hoflieferant Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm II.

am Rathhause in **RHEINBERG** am Niederrhein.

Gegr. 1846.

Anerkannt bester Bitterlikör!

24 Preis-Medaillen!

Man verlange ausdrücklich: **Underberg-Boonekamp.**